

4 Forschungsstand zu sozialer Ausschließung im Kontext politischer Partizipation und Engagement

Im ersten Abschnitt werden Forschungsergebnisse zusammengetragen, welche die soziale Selektivität im Bereich politischer Partizipation und Engagement zuvorderst statistisch beleuchten. Im zweiten Abschnitt werden Studien zusammengetragen, die für den Zusammenhang von sozialer Ausschließung und Partizipation/Engagement sensibilisieren.

4.1 Zur sozialen Selektivität in Partizipation und Engagement

Im Folgenden werden Studienergebnisse zur sozialen Selektivität aus der vergleichenden Politikwissenschaft und der Engagementforschung vorgestellt. Es wird deutlich, dass die Teilnahme an politischen Partizipationsgelegenheiten sowie im Bereich des Engagements entlang von Kategorien wie Geschlecht, Klasse, Alter, Migrationshintergrund bestimmt werden kann.

Die Forschungslage scheint eindeutig – politische Partizipationsformate werden von Menschen dominiert, die eher der *weißen*, männlichen, bildungsstarken Mittelschicht zuzuordnen sind (Alcántara et al. 2016; Geißel 2008; van Deth 2003; Selle 2000; Bödeker 2012). Die Forschungen zu politischer Partizipation bescheinigen regelmäßig eine soziale Schieflage bezüglich der verschiedenen Formen von Partizipation von der Wahl bis hin zum deliberativen Format. Weder das repräsentativ ausgerichtete Wählen, das direktdemokratische Engagement in Bürgerinitiativen, das demonstrative Engagement etwa bei Unterschriftenaktionen, noch das deliberativ ausgerichtete Sprechen, Zeigen, Argumentieren etc. werden in gleichem Maße von privilegierten und marginalisierten Bevölkerungsgruppen als Formen politischer Partizipation genutzt. Im Folgenden sollen Forschungsergebnisse zu politischer Partizipation und Engagement hinsichtlich von Differenzlinien wie Geschlecht, Klasse/Bildung, Migration und Alter vorgestellt werden.

Um Antworten auf die Frage geben zu können, wer jenseits von Wahlen politisch partizipiert, greift die Forschung auch auf Daten zu freiwilligem Engagement zurück und positioniert sich damit an der Schnittstelle zwischen politischer Parti-

zipation und politischem Engagement (Geißel/Penrose 2003; Fuchs 2006). So gibt es positive Zusammenhänge zwischen dem Interesse bzw. der Partizipation an Politik und dem freiwilligen Engagement (Gaiser/Gille 2012). Auch Formen zivilgesellschaftlichen Handelns, wie z.B. Meinungsäußerungen, werden in Studien zu politischer Partizipation an der Schnittstelle zur Engagementforschung berücksichtigt (Simonson/Vogel 2017: 201). Um Aussagen zu Partizipation im Kontext dialogorientierter, nicht-verfasster Formen oder von Engagement in Bürger_inneninitiativen zu erhalten, macht es Sinn, Ergebnisse aus der Engagementforschung in die Betrachtung einzubeziehen. Aus einer Geschlechterperspektive gelangen so außerdem die nicht-verfassten Formen politischer Partizipation in den Blick, die mit einer ausschließlich an formalen Partizipationsformen orientierten Forschung unsichtbar bleiben würden (Friedrich 2012: 59).

Hinsichtlich der *Partizipation nach Klasse und Bildung* gibt es große Unterschiede: Angehörige der Mittel- und Oberschicht sind sowohl in den repräsentativen Partizipationsformaten als auch bei den eher dem politischen Engagementbereich zuzuordnenden deliberativen Beteiligungsformaten nach wie vor signifikant häufiger vertreten (Bödeker 2012; Böhnke 2011; Alcántara et al. 2016: 12; BMFSFJ 2017: 216). Persönlicher Wohlstand – also eine höhere Schichtzugehörigkeit und damit einhergehende bessere Einkommenssituationen – hängen mit dem Potenzial zusammen, sich politisch oder sozial zu engagieren (Simonson/Hameister 2017: 439ff.). Menschen in Erwerbsarbeit oder in Ausbildung engagieren sich überdies häufiger als arbeitslose Menschen, Personen in Rente oder jene, die aus anderen Gründen nicht erwerbstätig sind. Dabei fällt auf, dass arbeitslose Menschen mit 19 % deutlich weniger engagiert sind als Menschen, die in Vollzeit (43,5 %) oder Teilzeit (50,8 %) erwerbstätig sind (Simonson et al. 2022: 82). Freiwilliges Engagement hängt stark mit den finanziellen Ressourcen zusammen. Die Engagementquote von Menschen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von bis zu 1.000 Euro liegt mit 24 % deutlich unter der durchschnittlichen Engagementquote von 39,7 %. Menschen aus oberen Einkommensgruppen ab 2.000 Euro Haushaltsnettoeinkommen sind hingegen mit gut 50 % überdurchschnittlich häufig engagiert (ebd.: 82f.). Die soziale Verzerrung ist bei politischen Partizipationsformen stark ausgeprägt. So partizipiert das untere Einkommensfünftel der Gesellschaft z.B. deutlich weniger bei öffentlichen Diskussionen: während in der höchsten Einkommensgruppe etwa ein Drittel an öffentlichen Diskussionen teilnehmen, sind es in der niedrigsten Einkommensgruppe nur rund 15 %. Dies bedeutet auch, dass Menschen mit niedrigem Einkommen in politischen Partizipationsformen schlechter repräsentiert sind (Bödeker 2012: 4f.). Bei der Betrachtung spielt auch der Faktor Bildung eine Rolle: So haben sich im Zeitvergleich die Unterschiede zwischen Menschen mit unterschiedlichem Bildungsstatus in den letzten 20 Jahren vergrößert: während das Engagement von Menschen mit höherer formaler Bildung deutlich gestiegen ist, stagniert das Engagement von Menschen mit geringeren formalen Bildungsabschlüssen auf niedrigerem Niveau

(Kausmann et al. 2022: 321f.). Menschen mit hoher formaler Bildung engagieren sich fast doppelt so häufig (51,1 %) als Menschen mit niedriger formaler Bildung (26,3 %) (Simonson et al. 2022: 81).

Bei der Frage nach *Partizipation und Geschlecht* muss differenziert werden zwischen Engagement im Allgemeinen und politischer Partizipation im engeren Sinne. Bekannt ist, dass die Kategorie Geschlecht den Bereich verfasster/institutionalisierter politischer Partizipation noch immer wesentlich mitstrukturiert. Von der Parteimitgliedschaft bis zur Repräsentation in Führungsebenen von Parlamenten und Regierungen ist das Feld männlich dominiert (Friedrich 2012). Dies lässt darauf schließen, »dass Frauen im Hinblick auf ihren Zugang zu zentralen Entscheidungspositionen der verfassten politischen Partizipation strukturell benachteiligt werden« (ebd.: 59). Des Weiteren sind Männer im politischen Engagementsbereich drei Mal häufiger aktiv als Frauen: so engagierten sich laut der Allensbach-Studie 2013 9 % der Männer in der Politik, bei Frauen lag die Zahl bei 3 % (Institut für Demoskopie Allensbach 2013: 18). Najemnik (2021) hat in einer qualitativen Studie eine Reihe geschlechtsspezifischer Beteiligungsbarrieren identifiziert, darunter insbesondere das von Frauen als männlich codierte und dominiert empfundene Feld kommunaler Politik sowie ein vergeschlechtlichter Habitus im Kontext von Partizipationsformaten. Die dadurch hervorgerufenen Unsicherheiten der Frauen seien als hinderlich für eine Mitwirkung reflektiert worden. Zudem sei die Care-Arbeit von Frauen eine Barriere für Beteiligung an Kommunalpolitik (ebd.: 253). Die Beteiligungsdifferenz zwischen den Geschlechtern ist nach Pickel (2010) bei den nicht-verfassten Formen und beim Engagement in sozialen Bewegungen nicht so umfangreich festzustellen. Dies bestätigen auch aktuelle Erkenntnisse aus dem Freiwilligensurvey, demnach die Differenz in der Engagementquote zwischen Männern und Frauen in den letzten Jahren kleiner geworden ist und sich mittlerweile mit 39,2 % bei den Frauen und 40,2 % bei den Männern beinahe angeglichen hat (Simonson et al. 2022: 77). Jedoch besetzen im Engagementbereich Männer in der Regel leitende Positionen, wo knapp jeder dritte engagierte Mann, aber etwa nur jede fünfte engagierte Frau administrative oder Leitungsfunktionen innehat (Karnick/Simonson/Hagen 2022: 183).

Auch im Bereich der *Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund* lassen sich starke Unterschiede im Engagement empirisch belegen. Den Ergebnissen des aktuellen Freiwilligensurveys zufolge engagieren sich 27 % der Menschen mit Migrationshintergrund gegenüber 44,4 % Engagementquote bei Menschen ohne Migrationshintergrund. Dabei muss differenziert werden je nachdem, ob man die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt und eine eigene Zuwanderungserfahrung hat. Am niedrigsten ist die Zahl der Engagierten bei Menschen, die Zuwanderungserfahrung haben und nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen (15,2 %) (Simonson et al. 2022: 83). Deutlich ist der Unterschied bezüglich des politischen Engagements auch bei Top-down-Formaten: 45 % der Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit ohne Migrationshintergrund geben Pokorny (2016) zufolge an,

sich schon einmal an einer öffentlichen Diskussion im Rahmen einer Veranstaltung beteiligt zu haben. Im Gegensatz dazu sagen dies 25 % der befragten Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit mit Migrationshintergrund und 21 % der Befragten ohne deutsche Staatsangehörigkeit (ebd.: 33).

Auch bezüglich der Perspektive *Partizipation und Alter* gibt es deutliche Unterschiede: Während in der allgemeinen Engagementquote die Gruppe der jüngeren Engagierten (14–29 Jahre) mit 42 % deutlich höher liegt als bei den Senior_innen (31,2 %) (Simonson et al. 2022: 79), variieren die Zahlen je nach Engagementbereich stark. Beim Anteil derjenigen, die laut Freiwilligensurvey 2019 in den der Befragung vorangegangenen zwölf Monaten an einer Demonstration teilgenommen haben, geben junge Menschen im Alter von 14 bis 29 Jahren mit 20,2 % mehr als doppelt so häufig an, sich in dieser Form politisch beteiligt zu haben; in den mittleren Altersgruppen von 30 bis 64 Jahren beträgt die Quote 8–9 %, bei den Menschen ab 65 Jahren 5,1 % (Arriagada/Tesch-Römer 2022: 271). In einer Studie zur politischen Partizipation »kritischer« Bürger_innen zeigen Ritzi und Wagner (2018), dass Jüngere im Bereich unkonventioneller Formen der Partizipation, die sich online abspielen, deutlich aktiver sind als Ältere (ebd.: 569f.). Während sich junge Menschen in weniger institutionalisierten Formen wie Demonstrationen oder Formen der Online-Partizipation häufiger beteiligen, sind sie in institutionalisierten Formen seltener vertreten. So engagieren sich mit 5,4 % der 14- bis 29-Jährigen weniger junge Menschen in einer politischen Partei, politischen Gruppierung oder Bürgerinitiative als die Altersgruppen ab 50 Jahren mit rund 8 % (Arriagada/Tesch-Römer 2022: 270). Werden Formen politischer Partizipation zusammen betrachtet, weist die Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen die höchsten Beteiligungsquoten bei Unterschriftensammlungen, Demonstrationen und Bürger_inneninitiativen auf (Simonson/Vogel 2017: 213). Dies bestätigt die Allensbacher Engagement-Erhebung auch für Freiwillige ab 45 Jahren, die sich über Durchschnitt im sozialen und politischen Bereich engagieren (Institut für Demoskopie Allensbach 2013: 17). Es scheint, dass sich das »Aktionsrepertoire älterer und gebildeter Menschen vor allem auch durch dialogorientierte Beteiligungsverfahren in den letzten Jahren erweitert [hat]« (Alcántara et al. 2016: 12) und »die ›zeitreichen‹ Alten [sich] stärker für ihre Interessen ein[setzen]« (Kersting/Schmitter/Trechsel 2008: 43; Böhnke 2011: 22), mithin also auch eine Verzerrung durch Alter im Kontext deliberativer (Offline-)Partizipation angenommen werden kann.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Engagement und politische Partizipation in der vergleichenden Politikwissenschaft und Engagementforschung vorwiegend als stark von Faktoren wie Einkommen, Bildung, Geschlecht, Migrationshintergrund und Alter abhängig angenommen wird und sich soziale Ungleichheit so kontinuierlich reproduziert. Studien zur Intersektionalität in deliberativen Setting, wie die von Hickerson und Gastil (2008), gehen zudem von einer Aufschichtung der ausschließenden Wirkung von Differenzierungen aus. So

würden etwa Frauen direkter und deutlicher ausgeschlossen »when that woman occupies other subordinate social positions, such as identifying with an ethnic minority group or being under- or unemployed« (ebd.: 287).

Die statistischen Auswertungen belegen die lebhafte Forschungslandschaft und das dahinterliegende Interesse einer möglichst facettenreichen Darstellung, wer sich am normativ gewünschten, gesellschaftlichen Demokratie- und Engagementprojekt beteiligt und wer nicht. Im Wissen, dass dieses statistische Wissen performative und essenzialisierende Effekte haben kann (Supik 2014: 17), sei der verengte Blick im Forschungsfeld Engagement und Partizipation (Schmidt 2013: 3) hier kurz kritisch erwähnt. Denn in der zuvorderst auf die verallgemeinerbare Darstellung abzielenden Forschung bleibt z.B. weitgehend ausgeblendet, was nicht als gängige Formen politischen Engagements anerkannt ist. Insbesondere alltägliche und nicht-organisierte Formen von Engagement und Selbsthilfe bleiben so unbeleuchtet, ebenso wie die für die vorliegende Arbeit relevante Frage, ob statt individueller Gründe für die Nicht-Nutzung von Partizipations- und Engagementgelegenheiten nicht vielmehr Ausschließungsprozesse aus dem Feld heraus als Erklärung dienlich sein können. Daher soll im Folgenden der Fokus verengt werden auf den Forschungsstand zum Zusammenhang von Partizipation und Ausschließung.

4.2 Soziale Ausschließung im Kontext Partizipation und Engagement

In diesem Abschnitt wird Partizipation/Engagement entlang der Schnittmengen zu Marginalisierung, Ausgrenzung, Exklusion oder – wie in dieser Arbeit begrifflich verwendet – sozialer Ausschließung gesucht und ein dahingehender Forschungsstand beleuchtet. Die hier kurz vorgestellten Forschungen suchen die Ursache für die geringe Teilnahme marginalisierter Gruppen an Partizipations- und Engagementformen in den Strukturen und individualisieren die Gründe nicht. Die Forschungsarbeiten (überwiegend) im Bereich der qualitativen Sozialforschung wenden sich dem Nexus von Partizipation/Engagement und Ausschließung methodologisch sehr unterschiedlich zu und sind insgesamt kaum zu vergleichen.

Becker und Schramkowski (2017) betonen in ihrer Forschung u.a. Zugangshürden für politische Partizipation (verstanden als Engagement in politischen Gruppierungen) von jungen Menschen mit Migrationshintergrund. Entlang von leitfadengestützten Interviews mit jungen Menschen mit Migrationshintergrund, die sich politisch engagieren, betonen sie etwa das fehlende Zugehörigkeitsempfinden zur Mehrheitsgesellschaft als eine mögliche Ursache für die geringere politische Beteiligung. Diese werden als Ergebnis machtvoller Unterscheidungsprozesse des Otherings gewertet (ebd.: 474). Im Rahmen einer multimethodischen Untersuchung betrachtete Ilgün-Birhimeoğlu (2022) das Engagement von Geflüchteten in zivilge-

sellschaftlichen Organisationen vor der Folie einer rassismuskritischen Sensibilisierung. Die Studie bestätigt nicht nur die bekannte Ungleichverteilung im Anteil sich engagierender Menschen mit Migrationshintergrund in den Organisationen (ebd.: 40), sondern belegt auch, dass in diesen Organisationen eher selten Mitglieder mit Migrationshintergrund in leitende Positionen gelangen. Die Gründe für die geringe Zahl wird von Vertreter_innen der befragten Organisationen eher aufseiten der Geflüchteten gesucht und nicht auf organisationale Strukturen zurückgeführt (ebd.: 45). Damit würde die (Re-)Produktion von Rassismus in Organisationen des zivilgesellschaftlichen Engagements begünstigt (ebd.: 46). Mit den in diesen Forschungen vorgenommenen Sensibilisierungen für Prozesse des Otherings bzw. für strukturellen Rassismus wird auch hier der Blick gelenkt auf gesellschaftlich und organisational reproduzierte, machtvoll differenzierende Linien zwischen Zugehörigkeit und Nicht-Zugehörigkeit.

Im Kontext von Stadtentwicklung und GWA wird regelmäßig die Schwierigkeit bescheinigt, benachteiligte Bewohner_innengruppen zu erreichen (Hanhörster/Reimann 2007: 68ff.; Straßburger/Wurtzbacher 2009: 28ff.; IfS 2011: 9ff.). Maßgeblich für die Betrachtung entsprechender Forschungen ist, dass diese häufig Praxisforschungen sind, die zur Verbesserung multiprofessioneller Praxis beitragen wollen und tendenziell eher programmatisch als kritisch ausgerichtet sind. Das führt methodisch jedoch dazu, dass zuvorderst auf förderliche Bedingungen und Best Practice abgestellt und weniger auf Aspekte der Ausschließung fokussiert wird. Straßburger und Wurtzbacher (2009) entwickeln auf Basis eines Forschungsprojektes zur Bürger_innenbeteiligung in einem Berliner Quartier Zugangsbarrieren des Engagements für Migrant_innen, wie z.B. mittelschichtsspezifische Kommunikations- und Arbeitsformen, eine subjektiv empfundene geringe Akzeptanz in diesen Kontexten sowie hemmende Effekte, die sich aus der bestehenden fehlenden Repräsentanz von Migrant_innen ergeben (ebd.: 32ff.). Hier werden hemmende strukturelle Faktoren als ursächlich für eine zu geringe Repräsentanz benachteiligter Bewohner_innen verantwortlich gemacht. Im Rahmen einer Studie zu Partizipation in Genossenschaftssiedlungen führen Brandenburg und Kaschlik (2022) im Hunziker-Areal in Zürich neben Expert_innengesprächen auch Tür- und Angelgespräche. Für einen partizipativen Prozess sei es entscheidend, von welcher Seite aus er initiiert werde: so könnten die initiiierenden Akteur_innen ihre Interessen häufig stärker durchsetzen als jene, die zu einem Prozess dazustießen (ebd.: 263). Für die vorliegende Forschung soll dies für die mit der Richtung der Partizipation zwischen top-down, bottom-up und intermediär einhergehenden, potenziell ausschließenden Effekten sensibilisieren. In der Studie »Neue Beteiligung und alte Ungleichheit?« untersuchen Kaßner und Kersting (2021) im Auftrag des Bundesverbandes für Wohnen und Stadtentwicklung (vhw) das politische Engagement von aktiven Personen in marginalisierten Lagen im Kontext partizipativer Stadtentwicklung. Sie zeigen Potenziale politischer Selbstorganisation, die u.a.

für die GWA relevant sind. Die Studie identifiziert außerdem, dass »institutionelle Strukturen einer breiten politischen Beteiligung marginalisierter Gruppen eher im Wege [stehen]« (ebd.: 6). Dies meint insbesondere, dass die Kommunikation in Institutionen, die sozialraumbezogene Partizipation organisieren, »entweder zu rhetorisch-reflexiv oder zu emotional-expressiv geprägt war, wodurch Marginalisierte, die häufig mangels rhetorischer Kompetenzen bei Ersterem bzw. bei Letzterem aufgrund geringen Selbstvertrauens in der Beteiligung gehemmt werden« (ebd.: 44). Auch hier stehen mit institutionellen Strukturen eng verbundene Sprechweisen und Kommunikationsformen im Fokus, die sich als hinderlich für eine breite Beteiligung erweisen. Gesemann und Riede (2021) verfolgen in ihrer Studie die Frage nach den Potenzialen der GWA für lokale Demokratie. Sie stellen in erster Linie keine Barrieren für Partizipation und Engagement heraus, zeigen aber im positiven Sinne, wie GWA als Akteurin in Konfliktaushandlungsprozessen auftritt und insbesondere benachteiligte Adressat_innen unterstützt sowie zivilgesellschaftliche Selbstorganisationsprozesse fördert (ebd.: 71).

In der Engagementforschung wird der Zusammenhang zwischen Engagement und sozialer Ausgrenzung zunehmend erforscht. Klatt und Walter (2011) haben im Rahmen ihrer qualitativen Studie »Entbehrliche der Bürgergesellschaft« sozial benachteiligte Menschen zu deren Einstellungen gegenüber Engagement befragt. So begrenzten die persönlichen Lebensumstände das »Selbstzutrauen« (ebd.: 193) der Befragten, was auch zu einer Hemmung des Engagements führe. Es gebe eine Skepsis gegenüber etablierten Vereinen und der Praxis gemeinwohlorientierten Engagements (ebd.: 195ff.). Die Studie betont zudem die Bedeutung des alltäglichen Nahraums und spontaner Anlässe für Engagement marginalisierter Personen. In der Studie »Armut und Engagement« untersucht Voigtländer (2015), weshalb so wenige von Armut betroffene Menschen sich sozialpolitisch betätigen. Unter Einbeziehung der Betroffenenperspektiven von Menschen, die sich unter den Bedingungen von Armut und Erwerbslosigkeit engagieren, betont die Studie u.a. das für Engagement förderliche »Motiv der Gleichheit« (ebd.: 221), welches sich insbesondere auf die Gruppe von Menschen beziehe, mit denen man zusammen engagiert sei. Damit seien auch Gemeinsamkeiten bei den politischen Überzeugungen oder der Bewältigung von Alltagsproblemen gemeint. Gleichheit bezöge sich aber ebenso auf das subjektive Hierarchieerleben, als Engagierte_r gleichberechtigt über Lösungen abstimmen zu können (ebd.: 221). Diese förderlichen Bedingungen können für die vorliegende Arbeit aufschlussreich sein, insbesondere, indem deren Gegenteil als hemmende Bedingungen angenommen wird: als Sensibilisierung sowohl für Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Teilnehmenden als auch für die Macht- und Herrschaftsbeziehungen in den Situationen.

Eine ethnografische Arbeit, die den Zusammenhang zwischen Engagement und Ausgrenzung *in situ* und *in actu* erforscht, ist die Studie »Die Effektivitätsfalle« von Munsch (2005). Diese Arbeit ist in methodologischer und inhaltlicher Hinsicht

relevant, weil sie als machttheoretisch informierte Ethnografie eine Möglichkeit schafft, Ausgrenzungsprozesse in konkreten Settings einer eigentlich als engagementförderlich intendierten Umgebung der Stadtteilarbeit aufzuspüren. Aus feministischer und herrschaftskritischer Perspektive wird Kritik an gängigen Begriffsverständnissen von Partizipation und Engagement herausgearbeitet, denn diese blendeten das Verhältnis von Lebenswelt/Biografie und Engagement genauso aus wie die machtvoll begrenzten Zugänge zu Partizipation und Engagement. Mit der Forschung in einem Stadtteilhaus, die dem geringeren Engagement benachteiligter Gruppen auf den Grund gehen will, wird »erfahrbar, wie sozial benachteiligte BewohnerInnen als störend wahrgenommen werden, wenn sie sich an einem Arbeitskreis beteiligen, in dem Menschen aus der Mittelschicht dominieren« (Munsch 2011: 53). Mit der Betonung von Effektivität, also der Orientierung an verwertbaren Ergebnissen, gingen auch bestimmte Formen der sozialen Interaktion einher. »So bestehen implizite, aber klare Regeln für die Interaktionen. Sie führen dazu, dass Engagementformen, die diesen Regeln nicht entsprechen, als störend empfunden werden – auch dann, wenn sie sich nur leicht, z.B. sprachlich unterscheiden« (ebd.: 53). Eine vorherrschende Dominanzkultur (Rommelspacher 1995) sei maßgeblich für Praktiken der Ausgrenzung verantwortlich, weil sie dafür Sorge, »dass bestimmte mittelschichtgeprägte, männlich zugeschriebene und »westliche« Formen von Partizipation bzw. Engagement als normal und erstrebenswert gesetzt werden« (Munsch 2010: 22). Die Studie leistet einen Beitrag für die Forschung zu sozialer Ungleichheit im politischen und zivilgesellschaftlichen Engagement und sensibilisiert ferner für die Rolle der Professionellen, die Engagement fördern wollen, gleichsam aber an der Reproduktion dieser Ungleichheit beteiligt sind.

In der Studie »AMIKUS« über die Stützung von Selbsthilfe und Selbstorganisation älterer Migrant_innen im Quartier von May und Alisch (2013) wird die Relevanz informeller Netzwerke der Selbsthilfe älterer Menschen mit Migrationshintergrund deutlich. Als »praktisch einhakende Sozialforschung« (May 2008) realisiert sich dort neben dem Anspruch der wissenschaftlichen Erkenntnisgewinnung jener der starken Einbeziehung der älteren Menschen mit Migrationshintergrund in den gesamten Projektprozess (Alisch/May 2010: 51). Im Verlauf der partizipativen Projektentwicklung seien immer wieder *critical incidents* im Sinne latenter Spannungen und Konflikte deutlich geworden (May/Alisch 2013: 117ff.), die auch für die Betrachtung von Zusammenhängen von Engagement und Ausgrenzung relevant sind. So seien die dichten Netze informeller Selbsthilfe auf institutionelle Zugänge zu Ressourcen angewiesen, deren Nutzung zum Teil hochschwellige Kompetenzen und Fähigkeiten erforderten, die mitunter als Aufforderung zur Selbstaufgabe empfunden würden und in der Konsequenz in Rückzug endeten (ebd.: 132f.). Besonders schwierig für die älteren Migrant_innen seien Prozesse der »Enteignung« (ebd.: 133) im Kontext ihres Engagements, insbesondere dann, »wenn die subjektiv mit einiger Kraft überwundenen Widerstände bei der Nutzung von Einrichtungen,

die bisher meist nur Autochthonen zur Verfügung standen, nun als ›interkulturelle Öffnung‹ und Integrationsleistung dieser Institutionen selbst ausgegeben wurden« (ebd.: 133). Dieser Befund kann auch perspektivleitend für Prozesse sozialer Ausschließung im Kontext von Situationen veranstalteter Partizipation sein und einerseits für dahingehende Praktiken von professionell eingebundenen Akteur_innen sensibilisieren, als auch als den Situationen vorgelagerte Erfahrung von Alltagsakteur_innen angenommen werden und einen Teil der Skepsis gegenüber diesen Angeboten erklären. Um einer allzu expert_innenorientierten Praxis (z.B. im Kontext einer als partizipativ bezeichneten Sozialplanung) etwas entgegenzusetzen, seien neben Formen des Empowerments zur Erlangung vermehrt kooperativer Handlungsmodi dringend Prozesse der praktischen Anerkennung eigensinniger Selbstorganisation und Selbsthilfe in der öffentlichen Verwaltung, GWA, Altenarbeit etc. vonnöten. Dies meine auch, dass die engagierten älteren Migrant_innen spüren und überprüfen können, »worin der Befreiungsgehalt lebendiger demokratischer Selbstorganisation und eines auf Lebensinteressen bezogenen politischen Handelns besteht« (Alisch/May 2010: 76). Erst dann sei von tatsächlicher partizipativer Sozialraumentwicklung die Rede.

Im Forschungsprojekt »IZESO – Informelles Zivilgesellschaftliches Engagement im Sozialraum« (Funk/Scholten 2022) werden Formen zivilgesellschaftlichen Engagements im Alltag und Gründe für ausbleibendes Engagement sowie Barrieren für formalisiertes Engagement ethnografisch untersucht. Auch hier können Praktiken der informellen Selbstorganisation im Stadtteil im Sinne von wenig bis gar nicht-formalisierten Formen von Engagement identifiziert werden. Alltägliche Engagementformen werden hier als zivilgesellschaftliche Tätigkeiten gerahmt und als eine Form gesellschaftlicher Teilhabe gefasst (ebd.: 135ff.). Scholten und Jepkens (2022) fokussieren auf Basis empirischer Daten aus den qualitativen Forschungsprojekten »Ehrenamt der Zukunft« (EZuFöST) und dem erwähnten Projekt IZESO Zugangsvoraussetzungen zu formalisierten und informellen Engagementformen. Im Vergleich der Ergebnisse beider Projekte werde deutlich, dass der sozioökonomische Hintergrund von Engagierten insbesondere in formalen Formen von Engagement eine große Rolle spiele, während er bei informellen Hilfen weniger relevant sei. Eine Barriere für Engagement seien auch begrenzte zeitliche Ressourcen, was insbesondere auf weniger privilegierte Menschen zutreffe, deren Aufwand für die gelingende Gestaltung des Alltags höher sei. Die Nicht-Nutzung von Engagementangeboten hänge ferner mit der Selbst- und Fremdwahrnehmung zusammen, indem sich Menschen ein Engagement zutrauten oder eben nicht. Die sozialen Ressourcen von Engagierten spielten ebenfalls eine Rolle, doch während man für formalisiertes Engagement über Kontakte im Umfeld von Institutionen verfügen müsse, sei für informelles Engagement ein Netzwerk im Nahraum der engagierten Person vonnöten (ebd.: 118f.). Der entscheidende Beitrag ist, dass die in der Forschung häufig unentdeckt bleibenden niedrigschwelligen und informel-

len Engagementformen jedoch gerade für marginalisierte Gruppen wesentlich gesellschaftliche Teilhabe realisieren.

Für die Auswirkungen unterschiedlicher Partizipationsverständnisse im Kontext gemeinwesenbezogener Partizipationsprozesse sensibilisiert Alisch (2018) anhand der Evaluation eines Projekts mit von Armut betroffenen Menschen. So zeigten die professionellen Mitarbeitenden ein eher reduktionistisches bzw. enges Partizipationsverständnis und rahmten Partizipation als Teilnahme an vorstrukturierten Projekten, die sich auf das »Abfragen und Interpretieren von Wünschen und Bedürfnissen der Adressat_innen, teilweise verbunden mit einer gewissen Kritik an diesen Bedürfnissen als unangemessene Forderungen« (ebd.: 207) beschränkten. Mit den Praktiken der Interpretation der Bedürfnisse einher gingen auch Zuschreibungen gegenüber den Adressat_innen, etwa die Zuschreibung eines Mangels an Kompetenzen, die eigenen Anliegen auf den Punkt zu bringen. Die Selektivität dieser Praktiken der Bedürfnisinterpretation ist auch für die vorliegende Forschung relevant und kann auf den Zusammenhang von impliziten Erwartungen vonseiten professioneller Akteur_innen gegenüber Alltagsakteur_innen hindeuten und für eigensinnige und widerständige Praxis des Rückzugs und der (Nicht-)Nutzung sensibilisieren.

Wagner (2013) betont ebenfalls den Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und Partizipation bzw. nutzt er das Vokabular der »Prozesse der sozialen Schließung und Ausschließung« (Wagner 2021: 797) im Kontext bürgerschaftlicher Praxen. Er wählt einen theoretischen Erklärungsansatz für die Nicht-Nutzung von Gelegenheiten zur Beteiligung im politischen Kontext, der mit Ansätzen der (Nicht-)Nutzungsforschung bzw. Kritischen Alltagsforschung (Bareis 2012; Bareis/Cremer-Schäfer 2013) zusammengedacht wird. Ausgehend von der Perspektive, dass es sich bei der Nicht-Nutzung von Beteiligungsgelegenheiten mitnichten um fehlendes politisches Interesse der Menschen und/oder Folgen von Selbstausschlüssen handele, sondern um »die Reaktion auf eine ›objektive‹ Ausschließung, d.h. durch bestehende gesellschaftliche Strukturen der Ressourcenverteilung« (Wagner 2017: 233), deindividualisiert Wagner den Erklärungsansatz zur sozialen Selektivität politischer Partizipation. Wer keine Macht habe, so die These, nutze Beteiligungsgelegenheiten somit nicht, da die Chance auf erfolgreiche Partizipation als zu gering antizipiert werde (ebd.: 234). Das Potenzial der Auseinandersetzung zum Begriff der Bürgerschaft wird hier hervorgehoben, indem demokratie- und ungleichheitstheoretische Fragen miteinander verknüpft werden. Um politisch handlungsfähig zu sein, bedürfe es des Zugangs zu Machtmitteln (sozial, materiell, symbolisch). Wo Bürgerrechte zwar formal verliehen seien, andererseits jedoch Ressourcen und Machtmittel fehlten, um die eigenen Bürgerrechte ausführen zu können, seien Prozesse der Entbürgerlichung bzw. der sozialen Ausschließung wirksam (ebd.: 235). Beteiligungsangebote dienten dann häufig der Legitimationsbeschaffung »von oben« (ebd.: 238). Wer diese Angebote dann nicht nutze, bediene sich »eine[r] politische[n] Sprachform [...], in der sich Konflikte und Dissens über die bestehende

Ordnung artikulieren« (ebd.: 240). Relevant an seiner Perspektive ist die Betonung des Konflikthaften, was auch für die vorliegende Arbeit angenommen wird: In den Situationen veranstalteter Partizipation werden Kämpfe um gesellschaftliche Ressourcen in einer Arena ungleich verteilter, machtrelationierter Ressourcen aufgeführt. Nicht-Nutzung oder Widerstand durch Alltagsakteur_innen deuten dann auf Prozesse sozialer Ausschließung und konflikthafter Aushandlung hin.

